

N O T I Z E N

aus der 10. Sitzung des Bundesrates vom 10. Februar 1967

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Bonvin
Abwesend: Hr. Gnägi (krank)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 Uhr 05

Schriftliche AnträgePolitisches DepartementRhodesien

Herr Celio bemerkt zum letzten Absatz der Erklärung, dass die Feststellung, die Schweiz verfüge über kein Erdöl, nicht viel sage.

Herr Spühler erwidert, man sei davon ausgegangen, dass die Schweiz bisher kein ^{Erdöl} ausgeführt habe und man habe den guten Willen zeigen wollen, dass man bei einer Umgehung des Embargos nicht mitmache.

Herr Schaffner schlägt vor, dem Wunsche des Herrn Celio nach Präzisierung durch folgende Fassung Rechnung zu tragen: " und weder direkt noch indirekt Erdöl oder Erdölprodukte nach Rhodesien exportiert".

Der Rat ist damit einverstanden.

Herr von Moos stellt fest, dass die Erklärung nicht ganz seinen Vorschlägen entspreche, weil sie den Gedanken nicht ausdrücke, dass die Schweiz nicht Mitglied der UNO sei. Er bemerke aber mit Befriedigung, dass sich dieser Passus im Presserohstoff finde. Allerdings hätte er es vorgezogen, wenn man diesen noch vorausgestellt hätte.

Herr Spühler wiederholt seine Bemerkung von der letzten Sitzung, dass es für uns wichtig sei, festzuhalten, dass wir das Neutralitätsstatut auch aufrecht erhalten würden, wenn wir Mitglied wären. Die Presse werde erhalten: ~~den Bundesratsbeschluss~~, die Pressemitteilung mit der Erklärung und den heute ausgeteilten Presserohstoff.

Herr von Moos fragt, ob der letzte Satz der Presseerklärung nicht etwas unbestimmt sei? Man sollte wissen, wem gegenüber und in welcher Hinsicht Zurückhaltung geübt werden soll.

Herr Spühler bemerkt, dass man hier einen Unterschied machen wollte zwischen dem gewöhnlichen Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik in Friedenszeiten. Im letztern Falle sind wir gehalten, gewisse Einschränkungen unserer Freiheit in Kauf zu nehmen, d.h. unsere Freiheit im Handelsverkehr zu beschränken.



- 2 -

Herr von Moos fragt, ob man in diesem Falle nicht von einer "handelspolitischen Zurückhaltung" sprechen sollte?

Der Herr Bundespräsident würde empfehlen, hier positiv zu erklären, dass wir bereit sind, etwas gegen die politische Unruhe zu tun.

Herr Schaffner würde es vorziehen, diesen Text stehen zu lassen, weil wir nicht nur in der Handelspolitik, sondern auch in der Verkehrspolitik und im Verhalten der Nationalbank Zurückhaltung üben. Im weitem empfiehlt der Sprechende, statt vom Minderheitsregime in Salisbury vom jetzigen Regime in Salisbury zu sprechen.

Herr Spühler will sich die Fassung des letzten Satzes noch überlegen, ist aber frei, selbst zu entscheiden.

Justiz- und Polizeidepartement

Erklärung eines russischen Funktionärs in Genf als "persona non grata"

Auf Wunsch von Herrn von Moos, wird die Behandlung des Geschäftes verschoben, um dem Justiz- und Polizeidepartement Gelegenheit zur Stellungnahme, sei es im Mitberichtsverfahren, sei es in Diskussion mit dem EPD, zu geben.

Finanz- und Zolldepartement

Bericht an die nationalrätliche Kommission für die Anschlussamnestie bei der Wehrsteuer

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass man den Wünschen von Herrn von Moos in der neuen Fassung Rechnung getragen habe. Ebenso sollen die schriftlichen Anträge des EVD berücksichtigt werden.

Massnahmen zur Verbesserung des Finanzhaushaltes in den Jahren 1968/69 (Finanzplan 1968/69)

Der Herr Bundespräsident bemerkt zum Antrag des FZD, dass man ausgegangen sei von der bekannten Lage der Bundesfinanzen. Zweck des Berichtes sei, ein System und den Weg festzulegen, um zu ausgeglichenen Budgets zu gelangen. Das FZD habe zunächst die Ausgaben festgelegt, die sich kurzfristig nicht kürzen lassen. Für weitere Ausgaben wurden Kürzungsanträge gestellt und in verschiedenen Tabellen Planungszahlen vorgelegt, die nur im Sinne eines Vorentscheides, ohne Präjudiz für die definitive Beschlussfassung zu genehmigen wären. Für alles weitere kann auf den Bericht verwiesen werden.

Herr Schaffner erklärt, ^{dass er} sich mit der Methode ohne weiteres einverstanden erklären könne. Die Hauptschwierigkeit werde sich bei den materiellen Problemen stellen.

Herr von Moos bemerkt, dass Ziffer 6 des Antragsdispositivs von der Vorlage eines Finanzplanes spreche. Daraus soll aber keine Bindung des Bundesrates resultieren.

Der Herr Bundespräsident präzisiert, dass es sich nicht um die Aufstellung eines Voranschlages handelt. Man wolle nur die Grundlage schaffen, damit die Mitarbeiter weiterfahren könnten.

Herr von Moos bemerkt, dass man sich daran gewöhnt habe, wiederkehrende Beiträge nach oben zu staffeln, wodurch die zukünftige Situation weitgehend präjudiziert wurde. Sollte man nicht stattdessen eine Stabilisierung vorsehen, oder eine Herabsetzung von Jahr zu Jahr, in dem Sinne, dass der erste Beitrag dazu dient, die Sache in Lauf zu bringen. Ebenso sollte man sich fragen, ob man nicht in all diesen Fällen eine Befristung vorsehen sollte? Es handle sich hier um eine Anregung, die das FZD prüfen sollte.

Herr Tschudi erklärt sich mit dem Vorgehen einverstanden, möchte aber bei den Krediten der Baudirektion feststellen, dass man bei ihr immer zuerst gespart habe. Bei den Verwaltungsbauten stimme man dem FZD zu, trotz der Vorwürfe, die man wegen der Mietzinse für gemietete Lokalitäten zu gewärtigen habe. Bei andern Bauten möchte man etwas weiter gehen.

Herr Schaffner verweist auf die Möglichkeit, durch die Uebertragung von Bauten an Generalunternehmer und durch die Verwendung vorfabrizierter Elemente sehr erhebliche Einsparungen zu machen, so dass mit den gleichen Krediten mehr gebaut werden könnte. Er empfiehlt, diesen Weg in Aussicht zu nehmen. Für ihn wäre es im Interesse des Wohnungsbaus wichtig, wenn die von der Bundesverwaltung beanspruchten Wohnungen wieder frei würden. Man sollte sich hüten, am falschen Orte zu sparen. Was die neuen Wünsche betrifft, sollte man erklären, dass man sie nur anhand nehmen könne, wenn die Finanzierung sichergestellt sei.

Der Herr Bundespräsident teilt diese Auffassung und stellt fest, dass er bereits selber entsprechende Erklärungen abgegeben habe.

Für 1968/69 hätte das FZD fast ein Gleichgewicht erreicht. Mit den Stellungnahmen des EDI und des EMD komme man wieder zu grossen Defiziten.

Herr Tschudi stellt fest, dass man diese Fragen nicht aus dem Handgelenk entscheiden könne. Das FZD werde ersucht, die konkreten Vorschläge der Baudirektion noch zu prüfen.

Herr Schaffner weist auf die Bedeutung der heutigen Diskussion hin. Das Gesamtdefizit der öffentlichen Hand für 1967 von 1,34 Milliarden, würde nach Berechnungen eine Indexsteuerung von 2 % zur Folge haben. Dazu kommt die durch die Arbeitslöhne bedingte Teuerung. Man könne einen Beitrag zur Sanierung nur über eine Sanierung des Voranschlages machen. Man werde sehr ernsthaft mit dem Parlament reden müssen.

Herr Tschudi bemerkt, dass die Wirkung solcher Feststellungen sehr beschränkt sei, weil der Stimmbürger das alles nicht wisse und nicht glaube. Es wäre gut, wenn der Herr Bundespräsident das vor einer breiten Öffentlichkeit erklären würde. Man werfe uns allerdings vor, dass wir ein gouvernementales Fernsehen hätten. Im Vergleich dazu, gehe man aber im deutschen Fernsehen viel weiter.

Dort treten die verantwortlichen Minister immer wieder und in der gleichen Sendung mehrmals auf. Damit haben sie auch die Einsparungen gut durchgebracht.

Herr Schaffner verweist auf die Erfahrungen mit seiner Fernsehrede für die Konjunkturpolitik. Trotz der Gefahr, dass die blaue Presse wieder über ihn herfallen werde, sei er gern bereit, die Sache am Fernsehschirm zu erklären. Eine weitere Diskussion ergibt, dass man darüber einig ist, dass wir mehr orientieren sollten und dass man eingehend zusammen mit den Fraktionen die Regierungspolitik besprechen sollte.

Herr Celio bemerkt zum Abschnitt Militärausgaben, dass er einerseits mit Rücksicht auf die Bundesfinanzen 1.800 Millionen Franken für 1969 zustimmen möchte, dass er aber auf der andern Seite, um die Armee auf dem heutigen Stand zu halten, die 8,3 Milliarden für 1965 - 1969 brauche, eine Summe, die bei Berücksichtigung der Teuerung auf einen geschätzten Betrag von 7,7 Milliarden zusammenschrumpfen. Für 1968 ergeben sich noch keine Schwierigkeiten, während für 1969 zu berücksichtigen sei, dass das EMD 1,7 Milliarden laufende Ausgaben haben werde. Der Anstieg sei nicht nur durch die Teuerung bedingt, sondern auch durch die andere Struktur der Armee (Rückgang der Infanterie zu Gunsten der Leichten Truppen und der Flieger). Bei den Bauten sei festzustellen, dass die Kantone keine neuen Kasernen mehr zur Verfügung stellen, und dass der Bund die Kasernen jetzt selber bauen muss. Man wolle bis 1969 keine neuen Waffen einführen, müsse aber ersetzen, was nicht mehr zu brauchen sei (Panzerjäger, mittlere und schwere Geländelastwagen). Man müsse hier eben kaufen was jetzt auf dem Markte sei. Man könnte daran denken, die Anschaffung der Panzerartillerie für die Mechanisierten Divisionen (92 Mio Franken) auf das Jahr 1970 zu verschieben. Der Sprechende fürchte aber dann, dass man 1970/71, wenn man dazu auch die Venom ersetzen müsse, in eine sehr schwierige Lage kommen werde. Den vorliegenden Bericht habe der Sprechende noch stark abgeschwächt. Er habe noch nicht mit dem Generalstabschef sprechen können. Die Herren Redli und Kaech seien gestern dazu gelangt, für 1969 40 Mio Franken mehr vorzusehen als nach Vorschlag FZD. Der Ausweg für 1968, eine grössere Quote vorzusehen, scheitere daran, dass sich dann gegenüber 1967 ein zu grosser Sprung ergeben würde. Der Sprechende will die Situation noch mit dem Generalstabschef besprechen.

Der Herr Bundespräsident hofft, noch 10 Mio für das EDI zu finden und 40 Mio für das EMD.

Die Zahlen des EMD für die einzelnen Jahre seien vom Bundesrat nicht genehmigt worden. Man habe die 1,6 Milliarden auf 1,8 Milliarden erhöht und damit die Teuerung ausgeglichen. Man könnte nun aber auch vom EMD erwarten, dass es die Verbesserung der Bewaffnung, speziell die Verstärkung der Feuerkraft in Rechnung stelle und gewisse Reduktionen in der Anzahl vornehmen könnte.

Herr Celio hat diese Berechnungen verlangt, macht aber darauf aufmerksam, dass zu berücksichtigen sei, dass sich bei den komplizierteren Maschinen auch der Unterhalt verteuere, was ebenfalls bei der Teuerung zu berücksichtigen sei.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass 1969 für die Einnahmen ein schlechtes Jahr sei. Man müsse schauen, das Sofortprogramm durchzubringen und deshalb den Sparwillen zeigen. Sollte man dieses Geld nicht bekommen, dann riskiere man, dass der nächste Schritt vielleicht der sei, dass Abstriche an den Ausgaben des EMD verlangt werden.

Herr Schaffner bemerkt zu den Anträgen des EVD, dass man sich im Allgemeinen den Anträgen des FZD füge und lediglich eine gewisse Mobilität gewünscht habe. Auf Wunsch des Herrn Bundespräsidenten, erklärt sich der Sprechende bereit, noch einen Bericht über die IDA zu liefern.

Der Herr Bundespräsident wird über den Mitbericht des VED noch mit Herrn Gnägi sprechen.

Die Anträge werden genehmigt im Sinne der in der Diskussion gemachten Vorbehalte für die definitiven Zahlen.

Reorganisation des internat. Währungssystems; Beitritt zur Weltbank und zum internationalen Währungsfonds

Vom Wunsche des Herrn Spühler, die ganze Frage einmal eingehend in der Finanz- und Wirtschaftsdelegation zu besprechen, wird Vormerkung genommen.

Volkswirtschaftsdepartement

Unterzeichnung eines Abkommens mit der Republik Tschad betr. den Handel, den Schutz der Investitionen und die technische Zusammenarbeit

Herr von Moos bemerkt, dass er den Zusammenhang zwischen dem Antrag des EPD für technische Zusammenarbeit mit der Republik Tschad und dem vorliegenden Antrag des EVD nicht überblicke.

Herr Schaffner antwortet, dass unsere Handelsverträge gewissermassen als Dach für andere Verträge, wie vorliegend das Protokoll über die technische Zusammenarbeit, dienen. Die Koordination zwischen EVD und EPD spiele ausgezeichnet.

Herr Spühler erklärt, dass das vom EVD vorgelegte Abkommen die allgemeinen Grundsätze enthält, während es sich beim Protokoll um ein Spezialabkommen handle, das die Anwendung der Grundsätze regelt.

Aenderung des BRB wegen Herabsetzung der Bestände an ausländischen Arbeitskräften

Herr Schaffner bemerkt einleitend, dass die interessierten Kreise, wenn auch unwillig, zustimmen. Wenn nur ein Marschhalt eingeschaltet und nicht auch ein Abbau vorgenommen würde, dann werden die Augustzahlen der Bewegung gegen die Ueberfremdung starken Auftrieb geben. Besonders schwierig sei die Lage in der welschen Schweiz, wo speziell die Uhrenindustrie eine grössere Zuteilung von Arbeitskräften wünschen würde. Auch im Tessin verstehe man uns nicht. Mit den vorgesehenen Massnahmen werde man Augustzahlen erreichen, die einen weiteren Eingriff

verhüten könnten. Die Gewerkschaften, die vertraulich orientiert wurden, hätten erklärt, sie verstünden, dass man nicht mehr machen könne. Der Vorschlag, die in die Niederlassung Uebertretenden nicht einzubeziehen, d.h. sie wieder der Kontrolle zu unterstellen, würde das Niederlassungsrecht verletzen. Es zeige sich kein anderer Ausweg, als gewisse Erleichterungen im Bewilligungsverfahren zu gewähren. So soll die Abbaupflicht nicht mehr auf die Saisoniers ausgedehnt werden. Für Ende des Jahres wäre der Sprechende für die Aufhebung der Doppelpfandierung. Im August werde man sehen, ob für die kommende Periode August-Januar eine weitere Abbaustufe nötig werde.

Herr von Moos erinnert daran, dass man sich letztes Jahr noch über die Höhe des Abbausatzes gestritten habe. Heute bleibe keine andere Wahl, als dem Beschlusssentwurf des EVD zuzustimmen. Die Kantonsregierungen hätten sich zwar für einen Marschhalt ausgesprochen. Sie liessen aber durchblicken, dass sie mit einem Abbau von 2 % einverstanden wären. Die These der Kantone sei, man solle möglichst viel ihnen überlassen. (X) Daraus würden sich natürlich rasch Ungleichheiten ergeben. Auch würde man mit den Kontingenten nicht auskommen.

Herr Spühler stimmt zu, obwohl er gedacht hätte, dass man auf 3 % hätte gehen können.

Herr Tschudi möchte wissen, ob für 1968 schon Pläne bestehen? Das statistische Amt werde eine Riesenarbeit erhalten, wenn man zu einem andern System übergehe. Auch die Kosten von 2 Millionen Franken fallen ins Gewicht. Das JPD und das EVD sollten sich deshalb früh entscheiden, welches System sie anwenden wollen.

Herr Schaffner stellt fest, dass das EVD bereits vor einem Jahr diesen Auftrag erhalten habe. Es liege ein Bericht der Wirtschaftsstatistik vor. Man suche jetzt die wirtschaftspolitischen und fremdenpolizeilichen Probleme zu vereinigen. Dann werde man auch mit den Sozialpartnern Fühlung nehmen. Herr Tschudi und seine Mitarbeiter werden sehr bald Bescheid erhalten. Auch Herr Hongler soll eingeschaltet werden. Was die kantonalen Wünsche anbelangt, sei er über die Bemerkungen von Herrn von Moos sehr froh. Man müsse verhindern, dass es heisse, die Kantone hätten Fremdarbeiterkontingente zur Verfügung.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass auch das FZD einverstanden sei. Er möchte nur die Frage aufwerfen, ob man in der Behandlung der Saisoniers nicht etwas beweglich sein könnte.

Herr Schaffner erklärt, hier könne er eine befriedigende Antwort geben. Man habe die Saisoniers für die Berufe, an die der Herr Bundespräsident denke, berücksichtigt und gewährt hier erhebliche Erleichterungen. Schwierig seien die Fälle echten Wachstums. Man müsse von Fall zu Fall prüfen.

Auf Wunsch von Herrn von Moos werden in Art. 6, Abs. 2, lit. b, die Worte, "Vermehrung der Steuereinkommen", gestrichen.

Der Herr Bundespräsident bemerkt dazu, dass in der Entwicklung ~~sieh~~ auch die Vermehrung des Steuereinkommens eingeschlossen sei.

- 7 -

Auf Antrag von Herrn Spühler wird in der Pressemitteilung das Wort "weiteres" vor "Ansteigen" gestrichen.

U m f r a g e

Hr. S p ü h l e r

Postenbesetzung in Paris

Herr Spühler orientiert über seine Besprechung mit Herrn Reverdin, aus der sich keine klare Stellungnahme ergeben habe. Es scheine Herrn Reverdin schwer zu fallen, auf alles das zu verzichten, was er an kulturellen Aufgaben im Lande aufgebaut habe. Doch würde er sich voraussichtlich zur Verfügung stellen, wenn der Bundesrat der Meinung wäre, dass er sonst in eine Notlage käme. Man müsse also entscheiden, welches Interesse überwiege. Ist für das Land die Aufgabe, die er hier erfüllt, wichtiger, oder diejenige, die er als Postenchef leisten würde? Herr Reverdin sei Jahrgang 1913 und frage sich, wie er wieder den Anschluss finden werde, wenn er nach 4-5 Jahren aus Paris zurückkomme.

Herr Tschudi teilt mit, dass Herr Prof. von Muralt als Präsident des Nationalfonds auf Ende 1968 zurücktreten möchte. Er habe Reverdin als Nachfolger vorgesehen. Wenn Herr Reverdin nach Paris ginge, dann hätte man keinen Welschen für dieses Amt, das 16 Jahre von einem Deutschschweizer präsiert wurde.

Herr Schaffner würde es vor allem vom Standpunkt der Integrationsgespräche aus für eine ausgezeichnete Lösung finden, wenn Herr Reverdin nach Paris gehen würde. Er würde es sehr bedauern, wenn man auf diese Chance aus zweitrangigen Gründen verzichten würde. Wenn man ihm sage, dass man ihn brauche, werde er kommen. In Paris sei Couve de Murville Schlüsselposition. Herr Reverdin sei der Mann, der mit ihm sprechen könne. Er wolle aber nicht weiter insistieren, obwohl ihn dieser ungewöhnliche Prestigezuwachs für das EPD freuen würde.

Herr Celio teilt diese Auffassung. Man müsse sich wegen des weitem Schicksals von Herrn Reverdin keine Sorgen machen. Wenn man den besten Mann wolle, dann sei das jetzt Herr Reverdin. Er insistiere ebenfalls nicht.

Der Herr Bundespräsident glaubt ebenfalls, dass Herr Reverdin in Paris eine grosse Ausstrahlungskraft für die Interessen unseres Landes hätte. Falls sich das Regime weiter halte, wäre das die beste Lösung.

Herr Spühler dankt für die Aussprache und will sich die Angelegenheit noch überlegen.

Hr. T s c h u d i

Internationaler Kongress für Soziale Sicherheit in Leningrad

An diesen Kongress möchte das Bundesamt für Sozialversicherung Herrn Dr. Kaiser und Dr. Gränacher delegieren. - Der Rat ist einverstanden.

- 8 -

Hr. S c h a f f n e rErholungsurlaub

Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Schaffner einen vierzehntägigen Erholungsurlaub einschaltet. Auf die Session wird er zurück sein.

Aussprache über den Stand der Integrationsfrage

Der Rat ist damit einverstanden, dass hiefür eine besondere Sitzung in Aussicht genommen wird.

Besuch des polnischen Aussenhandelsministers vom 16. - 20. April

Wie Herr Schaffner mitteilt, möchte der Genannte den Bundespräsidenten und den Aussenminister besuchen. Im von Wattenwylhaus sollte dann ein Lunch offeriert werden. Der Sprechende habe erklärt, die in diesem Zeitpunkt in Bern anwesenden Bundesräte wären bereit, den Aussenhandelsminister zu empfangen.

Herr Spühler wird vom 17. - 19. April in Wien sein. Vielleicht sei es ihm möglich, am 20. April nachmittags den polnischen Gast zu empfangen.

Rechnung für den Aufenthalt in London

Herr Schaffner hat für ein Auto mit Chauffeur und Schweizerfahne eine Rechnung über 1'000 Franken erhalten. Eine weitere Rechnung von 35 Pfund wurde gestellt für die Miete eines Saales in einem Hotel. Dieser Saal wurde nicht gebraucht. Das sei ihm alles sehr unangenehm. Er werde jetzt die Rechnungen aus den Verhandlungsfonds zahlen. Man müsse darauf gefasst sein, dass sich die Mitglieder der Finanzdelegation auch ihre Gedanken machen werden.

Herr Spühler hält auch dafür, dass unser Botschafter etwas zu weit gegangen sei. Nachdem an der Konferenz in Lissabon kein Auto zur Verfügung stand, habe man hier eines verlangt.

PräsidialvorbringenTeilnahme im Ehrenkomitee der internationalen Kongressübersetzer (Aric)

Der Rat ist damit einverstanden, dass der Herr Bundespräsident im Ehrenkomitee mitmacht.

* * *